



«Tschüss» nach nur einem Jahr Torhütertrainer Jörg Stiel verlässt Liechtensteins Nationalmannschaft nach der WM-Qualifikation. 17

#näherdran Gamprin-Bendern Nächste Woche ist das «Vaterland» mit seiner #näherdran-Serie in der Gemeinde Gamprin-Bendern. 2

Noch kein Abo?
Jetzt gleich bestellen unter +423 236 16 61



Am Wochenende sind Punkte gefragt

Mit fünf (Balzers) beziehungsweise sechs Zählern (USV Eschen/Mauren) sitzt das Polster über den Abstiegsplätzen noch angenehm. Doch man verlässt sich nur ungern auf andere und behält das Schicksal lieber in der eigenen Hand. Würde man dieses Wochenende punkten, hätten die Unterländer den Klassenerhalt so gut wie sicher. Auch die Oberländer kämen diesem Ziel einen grossen Schritt näher. Allerdings wird es heute für Liechtensteins Erstligisten nicht einfach. Während sie am Mittwoch Nachtrags-spiele in der Hitze absolvierten, konnten sich ihre Kontrahenten eine Woche lang erholen. «Unser Blick ist nie nach unten gerichtet. Wenn wir uns heute erneut eine Niederlage leisten und hinter uns die «Falschen» gewinnen, sind wir aber auf einmal im Abstiegskampf dabei», sagt USV-Trainer Vito Troisio. Er bezeichnet das Auswärtsspiel gegen Gossau als weiteren Matchball, was auch für Kollege Martin Brenner in Balzers gilt. Bleibt es für beide ein punktloses Wochenende, wird das Derby am 23. Juni umso brisanter. (gk) 17

Sapperlot

Gänsehaut bei über 30 Grad Celsius. Donnerstag, 18.10 Uhr, Kopenhagen. Die Nationalmannschaft Dänemarks steht zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch ihres Mannschaftskollegen Christian Eriksen wieder auf dem Feld. Bereits bei der Nationalhymne sind die Emotionen fast überwältigend. Was aber in dieser zehnten Spielminute passiert, ist ein Moment für die Ewigkeit. Schiedsrichter Björn Kuipers unterbricht die Partie zu Ehren Christian Eriksens und das ganze Stadion, inklusive der beiden Teams, applaudiert eine Minute lang. Gänsehaut pur – auch bei über 30 Grad Celsius vor dem TV-Gerät. Es ist eigentlich nur eine kleine Aktion, die aber zeigt, dass wenn es hart auf hart kommt, vieles unwichtig wird. Der Fussball rückt in den Hintergrund und die Menschen stehen in dieser schwierigen Zeit zusammen. Dass Eriksen gestern das Spital verlassen konnte, ist der schöne Abschluss einer Geschichte, die wir wohl immer mit dieser EM verbinden werden.

Ruben Bucher

Mehr Mut zu radikalen Schritten gefordert

Die Stiftung Zukunft.li sieht umfassenden Reformbedarf im Service-public-Bereich.

Desirée Vogt

Ein bisschen weniger Staat, dafür mehr privat. Der Titel der neuesten Studie der Stiftung Zukunft.li zum Thema Service public lässt die Katze bezüglich des Fazits bereits aus dem Sack. Für die Verfasser der Studie ist klar: Es ist an der Zeit, dass sich die Politik grundlegend und umfassend mit der Frage auseinandersetzt, wie ein zeitgemässere Service public aussehen sollte und inwiefern es überhaupt noch sinnvoll ist, dass der Staat als Unternehmer auftritt. Um zu diesem Schluss zu gelangen, wurden fünf öffentliche Unternehmen des Infrastrukturbereichs genauer unter die Lupe genommen: die Post, die Telecom, die Gasversorgung, die LKW und die Liemobil.

«Veraltete Strukturen zulasten der Bürger konserviert»

Wenn der Staat in den Markt eingreift, braucht er eine gute Rechtfertigung dafür. Hat er diese betreffend die fünf vorgenannten Unternehmen trotz der veränderten Rahmenbedingungen

aber auch heute noch? Die Stiftung Zukunft.li sagt Nein und betont: «Die öffentliche Hand könnte sich aus diversen Märkten zurückziehen und durch gesetzliche Rahmenbedingungen für Versorgungssicherheit und fairen Wettbewerb sorgen.» Stattdessen bleibe der Staat selbst in den Märkten aktiv und verhindere dadurch einen fairen Wettbewerb. «Anstatt die Wachstumspotenziale der Privatwirtschaft freizusetzen, werden teilweise veraltete Strukturen konserviert – zulasten der Bürger.» Sie plädiert deshalb in ihrer neuesten Studie dafür, die Kosten des Service public in den jeweiligen Sektoren transparent auszuweisen sowie die Grundversorgungsverpflichtungen regelmässig zu überprüfen und an die jeweiligen Bedürfnisse anzupassen.

Telecom privatisieren, LKW und LGV zusammenlegen

Würde die Politik den Empfehlungen der Stiftung Zukunft.li folgen, so würde der Postsektor dahingehend reformiert, dass der Service-public-Auf-

trag auf das in einer digitalen Welt erforderliche Minimum reduziert und ausgeschrieben wird. Die Telecom Liechtenstein würde privatisiert, das Netz verbliebe hingegen in staatlicher Hand. Die LKW würden sich aufs Kerngeschäft konzentrieren, bei der Gasversorgung würde der Ausbau des Gasnetzes gestoppt, dafür das Wärmenetz ausgebaut. Und eine neuerliche Zusammenlegung der beiden Unternehmen würde geprüft. Einzig beim öffentlichen Verkehr verbliebe alles beim Alten.

«Politik ist sich der Problematik zu wenig bewusst»

«Das Bewusstsein, dass wir auf ein Problem zusteuern, wenn nichts geändert wird, ist in der Politik leider zu wenig da», so Projektleiterin Doris Quaderer. Die Stiftung Zukunft.li hofft deshalb, dass der Landtag realisiert, dass das Festhalten am Bisherigen der falsche Weg ist und eine Veränderung vollzogen werden muss. Eine gute Politik zeichne sich aber genau dadurch aus: für Mut zu radikalen Schritten. 3

Freie Liste: Präsidium schweigt zu Rücktritt

Am Donnerstag wurde bekannt, dass die beiden Vertreter der Jungen Liste, Ilea Batliner und Samuel Schurte, sich aus dem Vorstand der Freien Liste zurückziehen. Auf Anfrage erklärten die beiden, dass mit ein Grund für den Rücktritt die mangelnde Kommunikation sei. «Es störte uns, dass nicht offen über Personalentscheide informiert wurde», sagt Samuel Schurte. Das Parteipräsidium wollte sich zur Angelegenheit nicht äussern. «Wir haben uns entschieden, nicht mehr mit der Presse zu sprechen», erklärte Co-Präsidentin Helen Marxer. (equ) 5

Bidens Genf-Fauxpas hat Folgen

Alles lief wunderbar auf Joe Bidens Europa-Tour – bis fast ganz am Schluss. Doch bei der allerletzten Frage an der Pressekonferenz nach seinem Genfer Treffen mit Wladimir Putin verlor der US-Präsident kurz die Contenance. «Was zur Hölle, was machen Sie eigentlich die ganze Zeit? Wenn Sie das nicht verstehen, dann sind Sie in der falschen Branche», fuhr er die CNN-Journalistin Kaitlan Collins an. Scharfe Kritik dafür bekam der US-Präsident danach von Ronny Jackson, dem ehemaligen Leibarzt der Präsidenten Barack Obama und Donald Trump, der auf Twitter einen Demenztest für den 78-jährigen Joe Biden forderte. (chm) 31

In die Rollen von Rittern, Knechten, Grafen und Burgfrauen geschlüpft



Starke schauspielerische Leistungen, ein imposantes Bühnenbild und unterhaltsame Szenen: So präsentieren sich die Festspiele Burg Gutenberg während der nächsten Wochen mit dem Drama «Das Käthchen von Heilbronn». Jessica Matzig und Andy Konrad brillieren dabei in den Hauptrollen. 13

Bild: Daniel Schwendener

Nun noch ein schriftliches Denkmal

Im Dezember 2019 wurde auf dem Platz vor dem Standesamt in Vaduz die gut drei Meter hohe Skulptur zu Ehren Ferdinand Niggs eingeweiht. Geschaffen wurde die hausartige Skulptur von Künstler Martin Frommelt und Architekt Florin Frick. Während mehrerer Jahre lief der Vorbereitungsprozess für dieses Denkmal. Gestern präsentierten Martin Frommelt, Florin Frick und Hansjörg Quaderer im Literaturhaus in Schaan eine Begleitpublikation dazu. (mk) 15

A Portion REBEL
Neue Folge online

HOL DIR DEINEN SCHLUCK APFEL
NEB AUCH MIT UNWEG

«Freies Unternehmertum unterstützen»

Die Politik dränge öffentliche Unternehmen zu höheren Risiken und berücksichtige nicht, dass sich Rahmenbedingungen verändert hätten.

Desirée Vogt

Das Thema «Service public» ist mit vielen Emotionen behaftet. Dies zeigt sich nicht zuletzt in Bezug auf den Kampf um den Erhalt einer eigenen Poststelle in Triesen. Will man etwas am heutigen «Service public» ändern, stösst man also auf Gegenwehr. Das sind sich die Verantwortlichen der Stiftung Zukunft.li bewusst. Dennoch sind Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut, Geschäftsführer Thomas Lorenz und Projektleiterin Doris Quaderer überzeugt: Eine Diskussion über die veränderten Rahmenbedingungen ist dringend nötig. Denn die Digitalisierung, die Liberalisierung und die Klimaziele haben viele Prozesse verändert. Die fünf öffentlichen Infrastrukturunternehmen sind von den Entwicklungen am stärksten betroffen.

Gefahr erkannt - aber nicht gebannt

Die Bedürfnisse der Bevölkerung gehen heute in eine andere Richtung - also muss auch der Service public anders aussehen, sind sich die Verfasser der

Studie einig. Die Koalition der Legislatur ab 2021 habe dieses Spannungsfeld zwar erkannt und halte im Koalitionsvertrag als Ziel auch fest: «Bezüglich öffentlich-rechtlicher Unternehmen wird der Service public sichergestellt, möglichst ohne damit das private Unternehmertum zu konkurrenzieren.» Damit dies aber gelinge, benötige es eine umfassende Analyse und zielgerichtete Reformen.

«Auch der Staat kann keine Garantie geben»

Sicher, der Staat muss die Grundversorgung seiner Bevölkerung sicherstellen. Aber wie geschieht das am effizientesten? «Staatliche Interventionen sind nur dann gerechtfertigt, wenn der Markt ein gewünschtes Gut und eine Dienstleistung nicht in der politisch gewünschten Menge und Qualität oder nicht zu einem erschwinglichen Preis bereitstellt», wird in der Studie festgehalten. Und natürlich gibt es auch andere Gründe, die staatliches Handeln rechtfertigen. So zum Beispiel souveränitätspolitische Überlegungen



Projektleiterin Doris Quaderer zeigte den Reformbedarf auf.

Bild: Tatjana Schnalzger

oder internationale Verpflichtungen. Dies bedeutet aber nicht, dass diese Anforderungen und Rahmenbedingungen nicht laufend überprüft werden. «Geschieht das nicht, entsteht ein Spannungsfeld, das innovationshemmend wirkt und nötige Reformen verzögert», so Doris

Quaderer. Ein schlanker Staat, der Service-public-Leistungen möglichst an Private auslagere, sei daher meistens deutlich agiler, um sich den Herausforderungen anzupassen. Zudem gelte es zu beachten, dass selbst der Staat keine Garantie dafür geben könne, dass am Ende ein

besseres Ergebnis erzielt werde. Analog zum Marktversagen könne auch ein Politik- und Staatsversagen eintreten. «Es braucht passende Rahmenbedingungen sowie griffige Corporate-Governance-Regelungen, um das gewünschte Optimum zu erreichen. Ausserdem: «Wir

haben doch gute Erfahrungen mit dem Wettbewerb gemacht», so Peter Eisenhut. «Warum besinnen wir uns nicht darauf zurück, vertrauen darauf und unterstützen das freie Unternehmertum?»

Empfehlungen gelten für alle Staatsbetriebe

Generell empfiehlt die Stiftung Zukunft.li deshalb - und das gilt nicht nur für die fünf unter die Lupe genommenen öffentlichen Unternehmen, sondern für alle 23 - dass Spezialgesetze und Eignerstrategien in regelmässigen Abständen dahingehend überprüft werden, ob und in welcher Form staatliches Handeln in den jeweiligen Sektoren noch berechtigt ist. Die Expansion von öffentlichen Unternehmen in privatwirtschaftliche Märkte soll vermieden werden.

Und: Die Leistungen und Kosten des Service public seien transparent auszuweisen. Denn nur so könne die notwendige politische Diskussion über Umfang und Qualität der öffentlichen Leistungen zielgerichtet geführt werden.

Die konkreten Empfehlungen

Post: Reformen dringend nötig

Die Digitalisierung lässt das Kerngeschäft der Post seit Jahren schrumpfen - die Abschaffung des Restmonopols auf Briefe bis 50 Gramm dürfte die Situation weiter verschärfen: Die Post steht vor grossen Herausforderungen. Sie wird es immer schwerer haben, den heutigen Service-public-Standard eigenwirtschaftlich zu erbringen. Um drohenden Verlusten vorzubeugen, sind Reformen notwendig. Die Post braucht freie Hand, um auf die geänderten Rahmenbedingungen reagieren zu können. Paketboxen, an denen die Pakete zu jeder Tages- und Nachtzeit abgeholt werden können, entsprechen den heutigen

Kundenbedürfnissen eher als Postfilialen mit starren Öffnungszeiten. Die Briefmenge hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert, der Zahlungsverkehr ist sogar um rund 60 Prozent geschrumpft. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Der Trend zur E-Rechnung nimmt erst langsam Fahrt auf, auch laufen Bestrebungen, dass Behördenbriefe künftig vermehrt elektronisch verschickt werden. Das gelbe Einzahlungsbüchlein wird je länger je mehr zum Auslaufmodell. Daher empfiehlt Zukunft.li den Service-public-Auftrag auf das erforderliche Minimum zu redu-



zieren und - wenn der Postmarkt liberalisiert ist - analog zu anderen Sektoren auszuschreiben. Dadurch würden einerseits die Kosten des Service public transparent. Andererseits könnten sich Dritte um den Auftrag bewerben. Stellt sich in dem Sektor Wettbewerb ein, sollte sich der Staat zurückziehen und Privatisierungsschritte für die Post einleiten. Auf Quersubventionierung des Service public aus Bereichen, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft erbracht werden, wie beispielsweise Logistikdienstleistungen oder der Verkauf von Papeterieartikeln, sollte verzichtet werden.

Telecom: Privatisieren

Der Telekommunikationssektor ist bereits einen Schritt weiter als der postalische Bereich. Er ist seit Jahren liberalisiert. Dies und die technologische Entwicklung haben zu einem sehr kompetitiven Markt geführt. War anfangs 2016 die Telecom Liechtenstein noch einzige Anbieterin von Dreifachbündeln mit Internet, TV- und Telefonanschlüssen, sind es inzwischen acht Wettbewerber, die um Kunden buhlen. Die Marktanteile der Telecom in den Bereichen der Grundversorgung sinken kontinuierlich. Der Wettbewerb wirkt sich auf die Preise aus. Sie sind in den letzten Jahren auch im Vergleich zu den Nachbarländern sehr

konkurrenzfähig geworden. Daher stellt sich die Frage: Wäre es an der Zeit, dass sich der Staat als Unternehmer aus diesem Markt zurückzieht? Die Antwort von Zukunft.li ist Ja. Es gibt keinen Rechtfertigungsgrund mehr für den Staat, in diesem funktionierenden Markt aktiv zu sein. Deshalb ist die Telecom Liechtenstein zu privatisieren. Der Grundversorgungsauftrag wird bereits heute periodisch ausgeschrieben. Es ist also nicht zu befürchten, dass durch den Rückzug des Staates keine flächendeckenden Telekommunikationsdienstleistungen zu er-



schwinglichen Preisen mehr angeboten würden. Das Netz (Glasfaser/Kupfer/Koax) hingegen, das von den Liechtensteinschen Kraftwerken betrieben wird, soll in staatlicher Hand belassen werden. Es handelt sich dabei um systemrelevante Infrastruktur. Die vertikale Trennung von Netz und Diensten, die in Liechtenstein einzigartig ist, hat sich als Wettbewerbsvorteil erwiesen. Zudem empfiehlt die Stiftung auch, die gesetzlichen Rahmenbedingungen betreffend Mobilfunk zu überprüfen und an internationale Niveaus anzupassen, um Hürden abzubauen.

LGV: Komplettes Umdenken im Gassektor

Ende der 1980er-Jahre lautete die Devise: weg vom Öl, hin zum klimafreundlichen Gas. Heute, 36 Jahre später, gibt es klimafreundlichere Alternativen - die Gasversorgung steht am Scheideweg. Klimapolitische Überlegungen spielen beim Service public im Gassektor also eine entscheidende Rolle.



zes schnellstmöglich gestoppt und der Ausbau der Wärmenetze forciert werden. Das flächendeckende Gasnetz muss längerfristig zum Auslaufmodell werden, weil es heute klimaschonendere und effizientere Alternativen zur Beheizung von Gebäuden gibt. Erneuerbares Gas ist teuer und sollte daher nur punktuell und nicht flächendeckend zum Einsatz kommen. Ausserdem empfiehlt die Stiftung erneut die Zusammenlegung von LKW und LGV zu einem einzigen Energieunternehmen. Die Anwendungen verschiedener Energieformen verschmelzen zunehmend, die Tätigkeitsfelder überlappen sich immer stärker.

Das von Liechtenstein unterzeichnete Pariser Klimaabkommen gibt den Takt vor. Um bis 2050 komplett von fossilen auf erneuerbare Energien umzusteigen, braucht es einen deutlichen Kurswechsel im Gassektor. Um die Klimaziele zu erreichen, muss der Ausbau des Gasnet-

LKW: Konzentration aufs Kerngeschäft

Auch der Elektrizitätssektor ist aufgrund klimapolitischer Überlegungen stark im Wandel. Die «Energiewende» führt nicht nur zu einem höheren Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien, sondern erschwert auch die Versorgungssicherheit. Ein höherer Eigenversorgungsgrad sowie ein intelligentes Netz (Smart Grid) helfen, diesen sicherzustellen. Auch hier gilt: Die LKW sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, also Netzinfrastruktur, Stromproduktion und -handel sowie auf die Verbesserung des Eigenversorgungsgrades. Bereiche, in denen sie in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen, wie Elektrofachhandel,



Montage von Fotovoltaikanlagen für Private oder Elektroinstallationen, sollten verkauft oder eingestellt werden. Ausserdem wird empfohlen, die Schaffung einer Stromhandelsplattform voranzutreiben. Der gesetzliche Auftrag und die Eignerstrategie der LKW sind aufgrund der technischen und umweltpolitischen Entwicklungen zudem an die Energie- und Klimaziele der Regierung anzupassen. Beispielsweise könnten die LKW beauftragt werden, öffentliche Flächen mit Fotovoltaik zu bestücken oder Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge auszubauen, solange Letzteres nicht ausreichend vom Markt bereitgestellt wird.

Liemobil: Öffentlicher Verkehr gut gelöst

Die Liemobil als schlank aufgestelltes öffentliches Unternehmen vergibt den eigentlichen Transportdienstleistungsauftrag grösstenteils an private Unternehmen - im öffentlichen Verkehr hat Liechtenstein eine Organisationsform gewählt, die effizient ist und den Wettbewerb fördert. Da sich der politisch gewünschte Leistungsumfang im öffentlichen Verkehr mit den heutigen Tarifen nicht selbsttragend erbringen lässt, ist es gerechtfertigt, dass ein Grossteil der Kosten durch Staatsbeiträge gedeckt wird. Zur Herausforderung wird jedoch zunehmend die Verkehrsdichte in den Stosszeiten. Wenn Busse im Stau stehen



und deshalb Anschlüsse nicht einhalten können, schwindet die Akzeptanz. Daher gilt sicherzustellen, dass der Verkehr auch zu Stosszeiten besser fliesst - ein Ansatz wäre die Einführung des Roadpricing-Systems. Zudem werde die Trennlinie zwischen öffentlichem und privatem Verkehr immer mehr verschwimmen - die unterschiedlichen Verkehrsträger würden miteinander kombiniert. Das habe weitreichende Konsequenzen für die Frage, was der Service public künftig beinhalten soll. Konzessionierung und Leistungsaufträge müssen so ausgestaltet werden, dass Anpassungen ohne grössere Probleme möglich sind.